

Die neue Freiheit

Argentiniens Staatspräsident Mauricio Macri hat eine bemerkenswerte Politikwende vollzogen: Weg vom Protektionismus der Vorgängerregierung hin zu geöffneten Märkten. Trotzdem schlitterte das Land in eine neuerliche Krise.

Die Landwirtschaft in Argentinien hat schon so manches Auf und Ab mitgemacht. Auf Jahrzehnte des Protektionismus folgte Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre die Öffnung in Richtung Weltmarkt. Der weitgehende Abbau der schon damals lange etablierten Exportsteuern bescherte der Agrarbranche einen Aufschwung: Speziell die in dieser Zeit gerade erst aufkommenden gentechnisch veränderten Sojasorten wurden ohne große Vorbehalte akzeptiert und in rasant steigendem Umfang angebaut.

Zahlungsunfähig, Staatsbankrott, Abwertung – diese Vokabeln gehören zu Beginn des neuen Jahrtausends zum Alltagswortschatz. Die Rohstoffpreise für Weizen und Soja brachen ein, woraufhin Argentinien immer weniger Geld aus den Exportgeschäften erzielte. Die Wirtschaft versank immer tiefer in der Rezession; das Land war höchst verschuldet und zutiefst korrupt. Präsident Néstor Kirchner fuhr die Exportsteuern wieder hoch, um die Staatskassen zu füllen. 2006 folgte eine mengenmäßige Beschneidung wichtiger Exportprodukte wie Rindfleisch, Mais und Weizen. Am Ende der 12-jährigen Ära Kirchner zählte der Thinktank »Global Trade Alert« 440 protektionistische Maßnahmen.

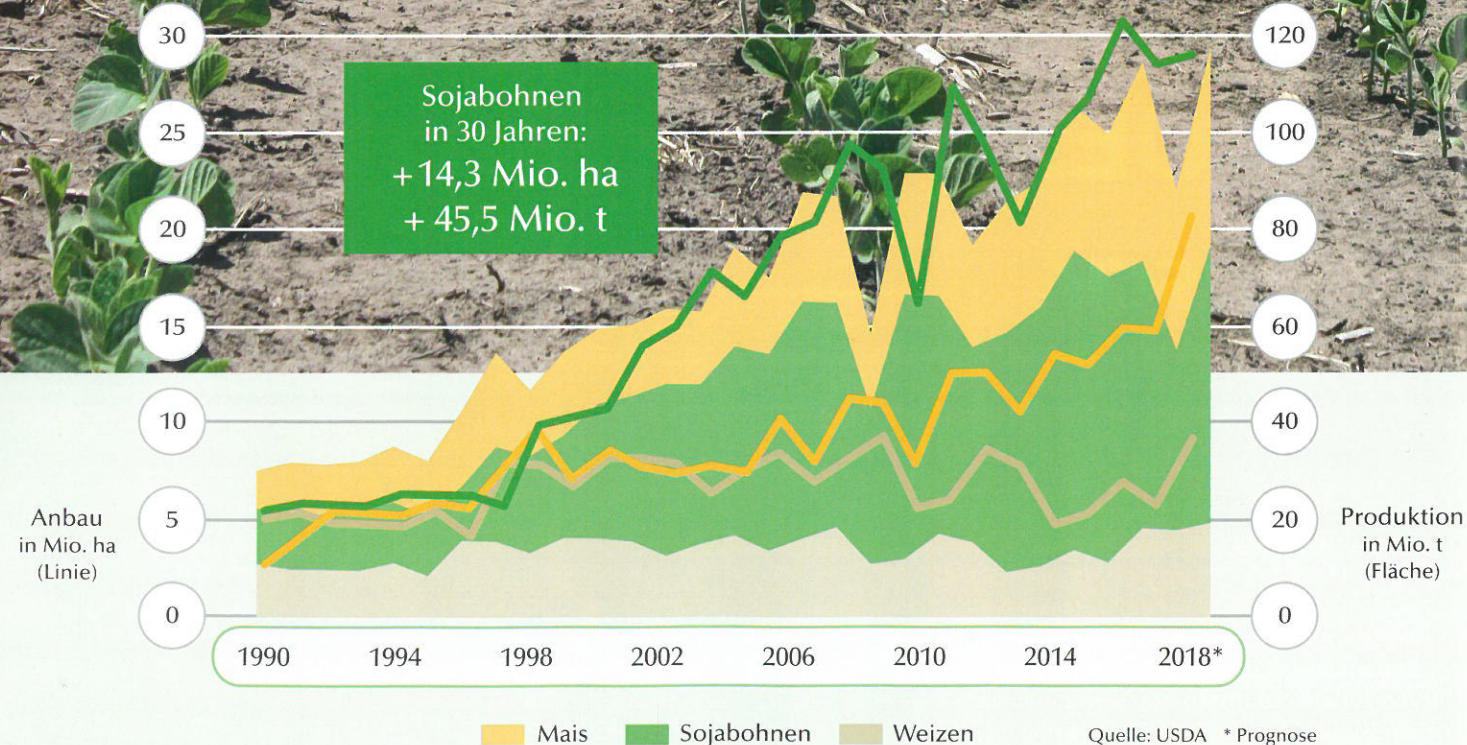
Speziell der Agrarsektor, der rund 11 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) generiert, wurde wie eine Kuh gemolken. Ausfuhrzölle auf Getreide, Soja, Fleisch und andere Erzeugnisse führten dazu, dass die Rendite der Landwir-

te und damit die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zurückgingen. »Es herrschte Krieg«, so beschreiben die Landwirte ihr Verhältnis zu den Kirchners.

Doch jetzt zeigt sich eine Zeitenwende: Seit Dezember 2015 steht mit Mauricio Macri ein Mann aus der Opposition an der Spitze der Regierung, der politisch für einen Neuanfang steht und auf den die Agrarbranche große Hoffnungen setzte. Und dieser dankte es ihnen bereits in den ersten Wochen seiner Präsidentschaft, indem er Exportsteuern und andere Ausfuhrhemmnisse abschaffte, den Devisen- und Kapitalmarkt freigab und den Schuldenstreit mit den Hedge-Fonds beendete, um Argentinien zurück an die Finanzmärkte zu bringen.

Für argentinische Landwirte kommen diese Maßnahmen nach den Jahren unter dem Kirchner-Clan dem Beginn einer neuen Zeitrechnung gleich. Sie gelten als der große Profiteur des Regierungswechsels. Ob der gebeutelte Agrarsektor inzwischen wieder auf die Beine gekommen ist, davon machte sich der DLG-Ausschuss für Betriebsführung Ende des vergangenen Jahres vor Ort ein Bild.

Macri steuerte zurück zu dem, was im Großteil der Welt als vernünftig angesehen wird: ordentliche Haushaltsführung, Handelsliberalisierung, Hoffnung auf langfristiges Wachstum. Außerdem versucht er ein paar Kürzungen in dem reichlich überzogenen Budget. Und er kippte die Preiskontrollen für Strom und Gas – damit die Preise ihre Funktion als Knappheitssignale wieder besser erfüllen können.



Alles hängt an der Sojabohne

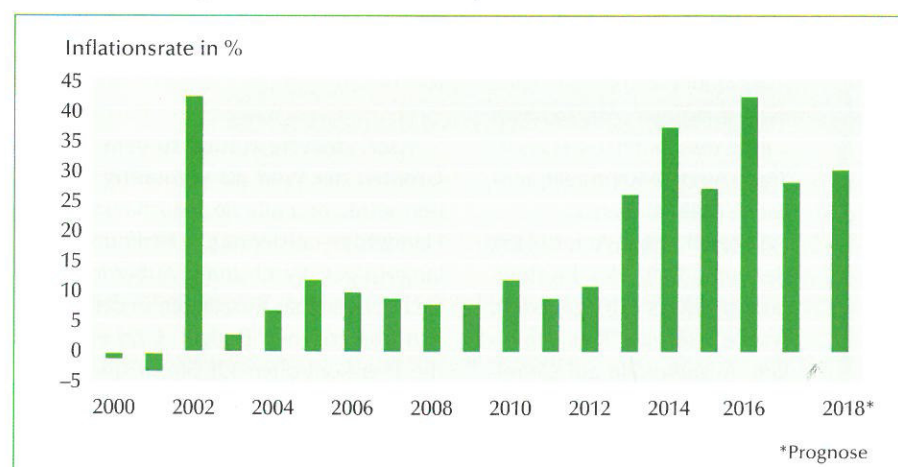
Die Sojabohne hat für Argentinien eine zentrale Bedeutung für die Staatsfinanzen und die Wirtschaft des Landes, das heute 400 Mio. Menschen weltweit ernährt – das Zehnfache der eigenen Bevölkerung. Die Anbaufläche hat sich binnen der vergangenen knapp 30 Jahre mehr als verdreifacht. Ausfuhrzölle und Exportbeschränkungen auf Rindfleisch, Mais oder Getreide forcierten diese Entwicklung. Doch mit dem Regierungswechsel 2015 atmet der Agrarsektor regelrecht auf und genießt neue Freiheiten. Frühlingserwachen in der Pampa.

Um sich zu finanzieren, nahm Macri Kredit im Ausland auf. Er hoffte, Zeit zu gewinnen. Einerseits, um die hohen Lohnkosten und Steuern zu senken, die komplizierte Bürokratie zu reduzieren und das Arbeitsrecht zu modernisieren. Er setzte darauf, dass die Unternehmer wieder investieren und Jobs schaffen würden. Die steigenden Steuereinnahmen sollten dann das Defizit ausgleichen. Die Strategie schien aufzugehen: Das Wachstum und die Investitionen haben zugelegt – aber nicht in dem Tempo wie erhofft.

Überbordende Bürokratie und mangelnde Innovationen belasten die Wirtschaft.

Der bislang stärkste Impuls für eine wirtschaftliche Belebung kommt aus der Agrarindustrie – dem traditionell wichtigsten Motor der argentinischen Wirtschaft. Nach Freigabe der Wechselkurse im Dezember 2015 führten umfangreiche Dollarkäufe zu einem Kursrutsch des Peso um mehr als 30%. Das nutzte natürlich der exportorientierten Landwirtschaft. Der schwache Peso machte die Agrarprodukte am Weltmarkt attraktiv. So konnten die Soja- und Getreideproduzenten ihre Einnahmen im ersten Wirtschaftsjahr unter Macri quasi verdoppeln. Das hat einen neuen Aufschwung im exportstärksten Sektor ermöglicht. Jeder dritte Arbeitsplatz in Argentinien hängt von ihm ab, wenn vor- und nachgeschaltete Wertschöpfungsketten und Zulieferer berücksichtigt werden.

Grafik 1: Argentinien hat seit jeher eine hohe Inflation



Geschickter Schachzug. Wie gesagt, Macri kassierte die Zölle auf die Exporte von Weizen, Mais und Fleisch. Die Steuern auf Sojabohnen reduzierte er um 5% auf immer noch 30%. Das hat zwei Gründe: Zum einen kann die Regierung angesichts der klammen Finanzen nicht auf die Einnahmen aus dem Sojageschäft verzichten. Und zum anderen will man dem raschen Wachstum der Sojaanbauflächen Einhalt gebieten. Denn Soja hat sich im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte zur wichtigsten Kultur argentinischer Landwirte entwickelt. Die Anbaufläche hat sich seit 1990 mehr als verdreifacht.

Obwohl die Exportsteuern auf Sojabohnen mit 35% die höchsten im Agrarbereich waren, stellte die Bohne im Anbau immer die ökonomisch beste Alternative – zumal die Exportmengen keiner Beschränkung unterlagen. Das führt dazu, dass die Sojabohne mittlerweile auf nahezu zwei Drittel der Flächen zu finden ist. Bis zur Monokultur ist es da nicht mehr weit. Dieses System fährt man ackerbaulich über kurz oder lang gegen die Wand. Eine Erweiterung der Fruchtfolge ist unausweichlich. Der Wegfall der Exportsteuern auf Weizen und Mais wird seinen Teil dazu beitragen, denn damit werden diese Kulturen wettbewerbsfähiger.

Denn ganz im Gegensatz zu Sojabohnen war der Getreidemarkt heftig reguliert. Zwar lagen die Exportsteuern mit 23% bei Weizen und 20% bei Mais deutlich unter denen im Sojakomplex. Allerdings unterlagen beide Kulturen im Export seit 2006 einer Mengenbegrenzung in Form von Exportlizenzen, die je nach Ernte

und/oder Versorgungslage verteilt wurden. Diese Unsicherheit in Verbindung mit der Ausfuhrabgabe sorgte dafür, dass beide Kulturen immer weiter an Boden gegenüber der Sojabohne verloren.

Macri plant, die Exportsteuer auf Sojabohnen bis zum Ende seiner bis Dezember 2019 laufenden Amtszeit um jeweils 0,5% pro Monat zu vermindern. Ob dies gelingt, bleibt jedoch fraglich, denn bis dato wurde die versprochene weitere Absenkung immer wieder verschoben mit dem Argument, dass es schwieriger sei als gedacht, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Soja muss sich bereits dem Kampf mit Mais um die Flächen stellen und dieser wird wohl zusammen mit dem Weizen in Zukunft wieder einen höheren Stellenwert einnehmen.

Supermarkt statt Kornkammer. Doch mit der Markttöffnung allein ist es nicht getan. Macri will mehr aus dem Agrarsektor

herausholen. Argentinien solle nicht die Kornkammer der Welt sein, die Rohwaren exportiere, sondern deren Supermarkt, wo verarbeitete Güter angeboten würden, fordert er. Ein hehres Ziel. Das Problem ist nicht etwa fehlendes Know-how. Junge, gut ausgebildete und unter den neuen Rahmenbedingungen zuversichtliche Unternehmer, die vorangehen wollen, gibt es augenscheinlich (siehe Betriebsportraits ab S. 20). Es fehlt vor allem an der Logistik, an guten Straßen und einem funktionierenden Eisenbahnnetz. Der Transport der Agrarerzeugnisse ist im Vergleich zu anderen Ländern wie beispielsweise den USA viel zu teuer. Hier hat Argentinien ebenso wie der Nachbar Brasilien ein Defizit, das trotz der angekündigten Investitionen nicht von heute auf morgen aufgeholt werden kann. So haben viele ländliche Regionen immer noch keine funktionierenden Kommunikationsnetze oder leiden gar unter einer mangelhaften Stromversorgung.

Grafik 2: Das Vertrauen in den Peso ist weg



Die Abwertung des Peso kommt natürlich der exportorientierten Agrarbranche zugute, wird aber auch die ohnehin galoppierende Inflation weiter anheizen.

Vom Staat ist derzeit nicht viel zu erwarten, besonders was die Investitionen betrifft. Denn mit einem Mal steckt die zweitgrößte Volkswirtschaft Südamerikas abermals in schweren Währungsturbulenzen. Eben noch hatte Argentinien als finanzpolitisch vorbildlich gegolten. Doch plötzlich wertet die Landeswährung Peso seit Ende letzten Jahres erneut stark ab. Die jüngste Krise kommt überraschend.

Kein anderes Land wurde so stark von den globalen Finanzmarkturbulenzen nach dem Anstieg der Zinsen in den Vereinigten Staaten getroffen. Der Peso erlebte in den vergangenen Monaten die stärkste Abwertung seit Aufhebung der Devisenkontrollen Ende 2015. Bei dem Versuch, die Abwertung zu bremsen, verlor die Notenbank rund 10 Mrd. US-\$, knapp 20% der Devisenreserven – ohne die Abwertung des Peso stoppen zu können.

Auch die Inflation bleibt eine große Last. Die Notenbank erhöhte daraufhin den Leitzins auf nunmehr 40%, bei einer für das laufende Jahr erwarteten Inflationsrate von 30%. Damit gibt sie einerseits Anlegern zwar einen hohen Anreiz, die Flucht aus Peso-Papieren in den Dollar zu beenden. Doch bei derart hohen Zinsen ist es auf der anderen Seite für Unternehmer unmöglich, sich zu finanzieren. Trotzdem sind viele Investitionen – teils aus Eigenkapital, teils aus dem Ausland – in Gang gekommen, denn Macri ist es mit seinem Reformtempo gelungen, Vertrauen zu schaffen.

Rasch und überzeugend: Mit diesen Worten kann Argentiniens Krisenpolitik umschrieben werden. In nur vier Wochen ist es gelungen, mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Hilfspaket zu schnüren. Mit bis zu 50 Mrd. US-\$ liegt das Kreditvolumen deutlich über den Erwartungen. Doch um Investoren zu beruhigen, ist Klotzen besser als Kleckern.

Macri schaffte Tatsachen – im Wissen, dass das Aussitzen einer Krise, wie es im Euroraum lange Zeit der Fall war, nur die Kosten der Krisenbekämpfung erhöht. Mit dem Bittgang nach Washington ging er innenpolitisch jedoch ein großes Risiko ein. Denn der IWF kämpft in Argentinien mit einem miserablen Ruf. Weite Teile der Bevölkerung betrachten den Fonds noch heute als Hauptverantwortlichen für die Finanzkrise von 2001.

Fazit. Das Misstrauen gegenüber dem Staat sitzt vor allem bei den Landwirten tief seit der Ära Kirchner. Hier unterscheiden sich die argentinischen Bauern, von denen sicherlich 90% auf irgendeine Weise für den internationalen Markt produzieren, wohl am deutlichsten von ihren Berufskollegen, insbesondere jenen in Europa: Sie fordern vom Staat keine schützenden Mauern und Subventionen, sondern vor allem, dass er ihnen keine Hürden auf dem Weg zum Markt in den Weg stellt.

Matías Alejandro Gyukits, Landwirt und Berater bei MG Agro in Buenos Aires, und Thomas Künzel